



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu Konsequenzen aus der Krankenhausampel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, welche Coronavirus-Maßnahmen (bei welchen möglichen Konstellationen) ergriffen werden, wenn die Krankenhausampel die Stufe Rot bzw. Gelb erreicht, wie die Überlastung der Kinderstationen bzw. Kinderintensivstationen im Freistaat Bayern berücksichtigt ist und welche Maßnahmen in diesem Fall ergriffen werden.

Begründung:

Die Inzidenzzahlen sind nicht länger allein entscheidend für die Coronavirus-Maßnahmen in Bayern. Angesichts der steigenden Impffzahlen hat sich die Aussagekraft der 7-Tage-Inzidenz aufgeweicht. Es kommt auf die Auslastung der Krankenhäuser an. Hierfür ist die Ampel ein wichtiges Instrument. Die Krankenhausampel macht die Auslastung der bayerischen Kliniken mit Corona-Patientinnen und -Patienten zum zentralen Maßstab für Coronavirus-Einschränkungen.

Die Ampel wird auf Gelb gestellt, wenn bayernweit binnen sieben Tagen mehr als 1 200 Patientinnen und Patienten wegen einer Corona-Erkrankung neu in Kliniken aufgenommen werden müssen. Danach sollten unter anderem folgende Konsequenzen eintreten: Statt der einfachen medizinischen Masken müssen die Menschen etwa wieder FFP2-Masken tragen. Der Mindeststandard für Coronatests wird auf PCR-Tests angehoben. Außerdem werden neue Personenobergrenzen sowohl für öffentliche als auch für private Veranstaltungen eingeführt. Mehr ist nicht bekannt.

Auf Rot schaltet die Ampel, wenn mehr als 600 Corona-Patientinnen und -Patienten auf Intensivstationen in Bayern behandelt werden. Bislang ist unklar, welche Anti-Corona-Maßnahmen dann gelten sollen, sowie wie die Staatsregierung reagieren wird, wenn überwiegend Kinderintensivstationen überlastet werden.

Die Konsequenzen der roten Stufe sind also weitgehend unklar, die Vorgehensweise der Staatsregierung, wenn dies auftritt, nicht vorhersehbar. Hier ist eine gute Vorbereitung sowie Transparenz gefragt. Nur wenn die Politik Menschen mitnimmt, klare Kommunikation verfolgt und einschränkende Coronavirus-Maßnahmen begründet, kann sie auf die Unterstützung der Menschen weiter zählen. Einen Plan mit mehreren Konstellationen rechtzeitig vorzubereiten, um schnell, überlegt und erfolgreich zu handeln, ist das Mindeste, was für den kommenden Herbst und Winter 2021 erarbeitet und offenlegt werden sollte.